



Adendorfs Bürgermeister Thomas Maack (l.) und Randy Böters vom Fachbereich Bauen stehen vor einer der Laternenköpfe mit LED-Technik. Die Pläne der Verwaltung sehen vor, insgesamt 103 Lampenköpfe am Kirchweg auszutauschen. Foto: Michael Behns

## Erleuchtung am Kirchweg

VON INGO PETERSEN

**Adendorf.** Weg mit den altmodischen Quecksilberdampfdrucklampen, her mit modernen LED-Leuchten: In Adendorf werden in diesem Frühjahr genau 103 Lampenköpfe aus den 1990er-Jahren entlang des Kirchwegs ausgetauscht. Die Gemeinde erhofft sich dadurch nicht nur besseres Licht, sondern auch Einsparungen an Energie, Geld und Schadstoffen. Was gut ist für die Umwelt und das Gemeindegeld.

An Kosten entstehen der Gemeinde durch den Austausch etwa 101 000 Euro, davon 83 500 Euro für die Maßnahme auf einer Länge von 1600 Metern am Kirchweg. Die meisten dieser Lampen waren Anfang 1993 im Zuge des Ausbaus des Kirchwegs installiert worden – 2,8 Millionen

Entlang der Adendorfer Straße werden für rund 100 000 Euro mehr als 100 Laternen mit modernen LED-Leuchten ausgestattet

Mark wurden damals investiert. Weitere 17 500 Euro kostet in diesem Jahr die Maßnahme am Papageienweg, wo 13 Leuchten samt Holzmasten getauscht werden. An Förderung von Seiten des Bundesumweltministeriums fließen 20 000 Euro.

Statt 40 000 Kilowattstunden jährlich für die knapp 130 Straßenlaternen wird die Gemeinde Adendorf durch den anstehenden Tausch nur noch 8000 Kilowattstunden verbrauchen, rechnet Uwe Bornholdt, Lichttechniker bei der Avacon, vor, die nach einer Ausschreibung den Auftrag zugeschlagen bekam.

Auf der Basis eines Strom-

preises von 25 Cent pro Kilowattstunde beträgt die Einsparung 8000 Euro pro Jahr. Bürgermeister Thomas Maack: „Da haben sich die Kosten für den Wechsel schnell amortisiert.“ Für die Umwelt wirkt sich der Lampentausch mit 19 Tonnen weniger Kohlendioxid pro Jahr aus.

„Die künftige Beleuchtung mit UV-Licht-freien LED-Leuchten bringt das Licht auch besser auf die Straße“, sagt Uwe Bornholdt. Zwei Typen von Leuchten werden im Kirchweg installiert: Rundum leuchtende in Bereichen, wo dies sinnvoll ist, etwa am Rathausplatz. Aber auch asymmetrische, die vor Wohn-

häusern die Straße beleuchten, aber nicht die Vorgärten und zur Straße liegende Zimmer. Und auch der Himmel wird künftig nicht mehr unnötig beleuchtet – ganz im Sinne der Initiative gegen Lichtverschmutzung mit Namen „Dark Sky“.

Während die Austauscharbeiten am Papageienweg schon Ende März beginnen sollen, dürfte es am Kirchweg Mitte April losgehen. Anfang 2010 waren in Adendorf schon einmal insgesamt fast 800 Lampenköpfe und 50 marode Masten an den Straßen und Wegen auf Adendorfer Gemeindegebiet ausgetauscht worden. Damals wurden die „Quecksilberdampfdrucklampen“ entfernt und durch „Natriumdampfdrucklampen“ ersetzt. Die Energieeinsparung damals betrug zwischen 35 und 40 Prozent.

## Schulumbau erfolgt in drei Abschnitten

Der Samtgemeinderat Ilmenau gibt grünes Licht für neue Mensa und Sanierungsarbeiten in Deutsch Evern

**Oerzen.** Der geplante Umbau der Grundschule Deutsch Evern zur Ganztagschule beschäftigt jetzt erneut den Rat der Samtgemeinde Ilmenau: Denn längst gehen die Planungen über den Bau einer Mensa hinaus. Die in Auftrag gegebenen Gutachten zeigen, dass in der gesamten Schule erhebliche Sanierungs- und Brandschutzmaßnahmen erforderlich sind, die ursprünglich nicht eingeplant waren. Mehrheitlich einig waren sich die Ratsmitglieder (ohne Grüne und Linke), die Arbeiten an der Grundschule in drei Bauabschnitten einzuteilen: Der Neubau der Mensa sowie die brand-schutztechnische Ertüchtigung im Bestandsgebäude soll noch in diesem Jahr, Anfang 2018 erfolgen. Der Umbau der Grundschule und die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes ist für den Sommer 2018 terminiert, im Herbst 2018 soll dann die brand-schutztechnische Ertüchtigung des Fachwerkgebäudes stattfinden. Die Gesamtkosten aller drei Bauabschnitte werden auf 2026 000 Euro beziffert.

Zuvor hatten Grüne und Linke in einem gemeinsamen Antrag einen Neubau der Grundschule ins Gespräch gebracht: „Angesichts der Kostensteigerungen, die beim geplanten Umbau der Grundschule Deutsch Evern und dem Neubau der Mensa aufzutreten sind“, so heißt es im Gruppen-Antrag, mache es durchaus Sinn, über einen Neubau an anderer Stelle nachzudenken. „Die Alternativen Neubau oder Umbau sollten auch angesichts möglicher neuer Fördermöglichkeiten neu beraten und abgestimmt werden“, mahnte der Grüne-Fraktionschef Hans-Gerorg Kramer.

Das aber lehnten die anderen Fraktionen im Rat ab: „Wenn wir jetzt ernsthaft über einen Neubau nachdenken, wird das erheb-

liche Verzögerungen mit sich bringen“, zeigte sich CDU-Fraktionschef Hubert Ringe von dem Vorschlag wenig begeistert. „Mindestens zwei bis drei Jahre würde die Samtgemeinde durch neue Planungen verlieren“, so Ringe, zumal noch nicht einmal ein geeigneter Standort ausgedacht sei.

**„Wenn wir jetzt ernsthaft über einen Neubau nachdenken, wird das erhebliche Verzögerungen mit sich bringen.“**

Hubert Ringe  
CDU-Fraktionschef

Diese Argumentation konnte Hans-Joachim Danzenbächer (Grüne) nicht nachvollziehen: „Die Verwaltung ist schon von Amts wegen verpflichtet, eine Wirtschaftlichkeitsprüfung vorzunehmen“, so der Deutsch Everner. Und: Sollte sich der Rat für den Neubau entscheiden, „hätten wir in den nächsten 30 Jahren Ruhe!“ Beim Bauen im Bestand dagegen fürchtet Danzenbächer, dass das zu einer unendlichen Geschichte wird.

Der Rat lehnte den Gruppen-Antrag von Grüne und Linke dennoch mehrheitlich ab. Grund: Rund sieben Millionen Euro würde der komplette Neubau der Grundschule kosten, dazu kämen noch Grundstückskosten von rund 1,2 Millionen Euro. Diese Zahlen hatte Samtgemeindegemeinderat Peter Rowohlt (SPD) zuvor von einem Architekten ermitteln lassen. kre

## Klassenkeile für die Ratsneulinge

AfD und FDP stecken Kritik von Gellerser Ratsmehrheit und Verwaltung ein

VON DENNIS THOMAS

**Reppenstedt.** AfD und FDP halten seit Beginn der Wahlperiode Rat und Verwaltung in Gellersen auf Trab mit mehr als 20 Anträgen und Anfragen vor allem zu Formalia, bereits gefällten Entscheidungen und Verwaltungshandeln. Bei der mehrstündigen Sitzung des Samtgemeinderates im Rathaus Reppenstedt platze nun Vertretern von SPD, CDU und Grünen sowie Samtgemeindegemeinderat Josef Röttgers (parteilos) der Kragen. Der Streit entzündete sich schließlich an einem FDP-Antrag und mündete in einer Generalabrechnung, bei der sich AfD wie FDP-Frak-

tion dem Vorwurf ausgesetzt sahen, „populistisch zu agieren“ (Röttgers) und den Samtgemeinderat wohl mit „einem kleinen Landtag zu verwechseln“, sagte Dr. Heinrich Bonin (SPD).

Die Stimmung kippte, als der Antrag der AfD-Fraktion zum geplanten Ganztagschulbetrieb in Kirchzellern behandelt wurde. Schon wieder. Bereits im Dezember hatte der Samtgemeinderat über das Thema debattiert. Seinerzeit wollte die AfD eine Bürgerbefragung durchführen lassen, um von der Bevölkerung zu erfahren, ob ein Ganztagschulbetrieb und der damit einhergehende Bau einer Mensa allgemein gewünscht ist. Das wurde nicht nur aus formalen Gründen von der Verwaltung abgelehnt, weil für eine Bürgerbefragung unter anderem noch die Erstellung einer Satzung notwendig gewesen wäre.

Aber vor allem inhaltlich stellte sich eine große Mehrheit

des Rates dem entgegen. Die Entscheidung, das Angebot frühestens 2019/2020 einzuführen, sei eng mit Schulleitung und Elternvertretern abgestimmt worden. Das hatte die dreiköpfige AfD-Fraktion aber wenig beeindruckt, sie schaltete wegen der formalen Einwände sogar die Kommunalaufsicht ein. Und nun brachten sie einen modifizierten Antrag ein, forderten nicht mehr eine Bürger-, sondern eine Einwohnerbefragung zur Ganztagschule. Harald Subke (AfD) stellte aber klar: „Wir lehnen die Ganztagschule nicht grundsätzlich ab.“ Allein der Bedarf solle abgefragt werden.

Röttgers hielt dem entgegen, dass die Nachfrage dem Angebot folge, was sich an den rund 160 Anmeldungen für das Ganztagschul-Angebot an der Grundschule Reppenstedt ablesen lasse. Peter Bergen (CDU) sagte: „An den weiteren Argumenten hat sich nichts geändert.“ Christian

Purps (SPD) sagte zur AfD: „Sie sollten denjenigen, die das Angebot brauchen, nicht die Chance nehmen, es zu kriegen.“ Mit den Stimmen von CDU, SPD, Grünen und SOLI wurde der AfD-Antrag abgelehnt, die FDP enthielt sich. Nach dieser Diskussion waren die Nerven sichtlich angespannt. Dann kam die FDP an die Reihe.

Alle Fachausschüsse sollen künftig nach 16 Uhr stattfinden, forderten wiederholt die Liberalen. Ein Umstand, der längst Realität ist. Jürgen Hesse (SOLI) sagte dazu: „Wenn wir jetzt auch Anträge stellen können, zu Dingen, die gar nicht so sind, dann stelle ich demnächst den Antrag, dass keine Ratssitzung mehr nach 24 Uhr beginnt.“ Purps stieß der FDP-Antrag besonders übel auf: Der Antrag sei „inhaltlich Banane“ und zeuge von einer Geisteshaltung, die „nicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit ausgerichtet“ sei, sondern nur Fehler in Verfahrensweisen



**„Ganz ehrlich: Wir sind auf dem Dorf. Wir starten hier keine Atomraketen.“**

Oliver Glodzei  
Grüne

und Formalien suche: „Das hier ist keine Spielwiese der Eitelkeiten!“

Anikó Hauch (FDP) ging auf Purps nicht ein, sagte zum Thema Sitzungszeiten: „Der Rat besteht nicht nur aus Rentnern und Erwerbslosen.“ Dann zog sie ihren Antrag zurück. Für Diskussionen sorgte auch die FDP-Forderung, Ratsbeschlüsse nicht mehr per Rund-E-Mail vorzubereiten, das Verfahren sei nicht sicher. Dazu sagte Oliver Glodzei (Grüne), er glaube nicht, dass ein Ratsmitglied auf offener Straße niedergerungen werde, damit ein Fremder mit seinem Handy unter falschem Namen eine Beratung beeinflusse: „Ganz ehrlich: Wir sind auf dem Dorf. Wir starten hier keine Atomraketen.“

Bergen (CDU) appellierte an FDP und AfD, weniger und dafür qualitative Anträge zu stellen. Schließlich binde jede Anfrage und jeder Antrag Ressourcen in der Rathausverwaltung.